

WIE RUPERT MURDOCH FAST KEINE STEUERN ZAHLT, OHNE DASS SEIN POLITISCHER EINFLUSS DARUNTER LEIDET

Der Pirat

Von Thomas Schuler

Es war die größte Steuerfahndungsaktion in der Geschichte Israels: Im Oktober 1996 durchsuchten 70 Fahnder eine Fabrik in Haifa und Büros in Jerusalem, und

Es war die größte Steuerfahndungsaktion in der Geschichte Israels: Im Oktober 1996 durchsuchten 70 Fahnder eine Fabrik in Haifa und Büros in Jerusalem, und sie beschlagnahmten 50 Kisten mit 400 000 Akten und Dokumenten. Die Firma News Data Com des Medienmoguls Rupert Murdoch, die sogenannte Smart Carts für Pay-TV-Sender wie Murdochs Satellitensystem BSkyB herstellt, wurde beschuldigt, 150 Millionen Dollar Gewinn nicht versteuert zu haben. News Data beherrscht 50 Prozent des Weltmarktes der Pay-TV-Technik, den Murdoch zu 30 Prozent kontrolliert. Die Firma hat 340 Mitarbeiter, und 1997 immerhin 270 Millionen Dollar Umsatz und 36 Millionen Dollar Gewinn gemacht. Doch weder in Israel, wo die kleinen Karten hergestellt werden, noch in England, von wo aus News Data kontrolliert wird, hat die Firma Steuern gezahlt. Statt dessen wurden die Finanzen samt Mitarbeiter-Löhnen über das Billigsteuergebiet Hongkong geregelt. Die Steuerfahnder betonten, es gebe hinreichende Indizien für die Richtigkeit des Verdachts. Murdoch wies die Vorwürfe zurück. Einige Monate später, im Dezember 1997, ermittelten laut "Independent" auch Fahnder aus den USA, England, Kanada und Australien erstmals gemeinsam. Murdochs globale Expansion ist ein Lehrbeispiel, wie ein multinationaler Konzern nationale Steuergesetze umgehen kann. "Eine Welt von Schlupflöchern und Häfen treiben die Gewinne der News Corporation in die Höhe", berichtete die "Washington Post" im Dezember 1997 nach mehrwöchigen Recherchen. In den USA gehören Murdoch neben der Boulevardzeitung "New York Post" unter anderem auch ein landesweites Fernsehnetwork mit 22 eigenen Sendern, der Buchverlag HarperCollins und das Hollywood-Filmstudio "20th Century Fox". Zusammengenommen schöpft Murdoch in den USA zwei Drittel seiner 12,4 Milliarden Mark Umsatz und den Großteil seiner Gewinne in dreistelliger Millionenhöhe. Im Gegensatz zu seinen Konkurrenten in den USA habe Murdoch jedoch all die Jahre über nur unterdurchschnittliche Steuern bezahlt, so die "Washington Post" anhand von Akten und Aussagen von Murdochs Mitarbeitern. Murdoch zahlt demnach nur ein Fünftel der Steuersätze, die Medienkonzerne vergleichbarer Größe wie Time Warner, Disney, Viacom und Bertelsmann entrichten: Nimmt man das gesamte Jahrzehnt, so kommt Murdoch auf 5,7 Prozent, während Time Warner, Disney, Bertelsmann und Viacom eigenen Angaben zufolge stets bei 27 bis 33 Prozent liegen. Die Liste seiner 789 Firmen in 52 Ländern nimmt im Jahresbericht immerhin zehn Seiten ein. Eine besonders wichtige Rolle aber kommt jenen zwei Dutzend Firmen zu, die er in karibischen Steuerparadiesen wie den Cayman Islands etabliert hat. Mehr als 60 seiner Firmen hat Murdoch dort registriert, darunter das asiatische Fernsehsystem Star-TV und Vertriebsfirmen für seine Hollywood-Filme. Vor allem 20th Century Fox spart Millionen, indem Murdoch die Filmrechte nicht direkt von den USA nach Europa oder Lateinamerika verkauft, sondern an seine Firma auf den Cayman Islands. Daher muß er nur diese eine, relativ geringe Lizenzgebühr in den USA versteuern. Die Gewinne aus dem weltweiten Weiterverkauf der Auslandsrechte dagegen verbleiben ihm unversteuert. Seine Filiale zahlt dem Mutterhaus in Australien lediglich eine relativ geringe Dividende aus den Gewinnen, die dann in Australien versteuert wird. An die Haupteinnahmen kommen weder die australischen noch die amerikanischen Behörden heran; Murdoch kann diese Gelder problemlos als Kredit an andere Filialen seines Konzerns reinvestieren. Bei all seinen Praktiken kommt Rupert Murdoch zugute, daß er 1985 die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen hat, um ein landesweites TV-Network aufzubauen. Denn Ausländer durften nur weniger als 25 Prozent an Fernsehsendern halten. Die Änderung der Staatsbürgerschaft hilft ihm nun, Steuern zu sparen: Die USA haben

zwar eigens ein Gesetz erlassen, demzufolge US-Firmen Gewinne auch dann in den USA versteuern müssen, wenn sie diese über Briefkastenfirmen auf den Cayman Islands erwirtschaftet haben. Der Amerikaner Murdoch kann jedoch auch diese Bestimmung problemlos umgehen seine Firma ist nämlich australisch geblieben. Nicht, daß man in Australien besonders glücklich darüber ist: Ein australischer Parlamentsausschuß brandmarkte die News Corporation im Mai 1989 als zweitgrößten Steuerflüchtling des Landes. 387,9 Millionen australische Dollar Gewinn aus den Jahren 1987 und 1988 habe die News Corporation durch Scheinfirmen in der Karibik oder in Hongkong geschleust. Murdoch weigerte sich, dem Parlamentsausschuß eine Erklärung zu geben. Statt dessen ließ er nur verlauten, es gebe hier "einige komplexe Aspekte", und auf lange Sicht profitiere die australische Wirtschaft von multinationalen Firmen wie seiner News Corporation. Das Parlament ließ es dabei bewenden. In der britischen Presse gilt Murdoch als "titanischer Steuervermeider", wie der "Independent" in Anspielung auf dessen kommerziellen Erfolg mit 2Titanic" schrieb. Der "Guardian" bezeichnete ihn im April als "Houdini, der Steuern und Aufsicht flieht". Recherchen des "Independent" ergaben 1995, daß Murdochs britische Zeitungen Times, Sunday Times, Sun und News of the World von 1985 bis 1995 etwa eine Milliarde Pfund Gewinn machten, jedoch nur 1,2 Prozent versteuert hatten, während andere britische Unternehmen 33 Prozent ihrer Gewinne versteuerten. Die Telegraph-Gruppe hatte 29 Prozent, Mirror-Gruppe 20 und United News and Media 29 Prozent entrichtet. Als Tony Blair seinen italienischen Amtskollegen Premierminister Romano Prodi in einem Telefongespräch auf Murdochs Interesse an Silvio Berlusconis Fernsehgruppe aufmerksam machte und dafür in den britischen Medien heftig kritisiert wurde, verteidigte sich Blair, er habe nur seine Pflicht getan und sich als britischer Regierungschef für ein "wichtiges britisches Unternehmen" eingesetzt. Wahr ist, daß BSkyB Millionenumsätze in England macht. Wahrscheinlich ist, daß er mit den Einnahmen den Preiskrieg seiner Zeitungen finanziert hat, ohne sie zu versteuern. Wahr ist schließlich ferner, daß BSkyB gar kein britisches Unternehmen ist: Murdoch hat die Tochterfirma in Luxemburg lizenziert. Die Stadt New York hat der News Corporation immerhin 20,7 Millionen Dollar an Steuern für dessen Büro- und Studiokomplex in der Stadtmitte Manhattans geschenkt. Ist es Zufall, daß Murdochs Lokalzeitung "New York Post" Bürgermeister Rudolph Giuliani weitaus freundlicher behandelt als dessen Vorgänger David Dinkins? Der Freundschaft der beiden schadet auch nicht, daß Giulianis Ehefrau als Reporterin bei Murdochs New Yorker Fernsehsender arbeitet. Freunde überall: Im Sommer hat George Pataki, der Gouverneur des Staates New York, durchgesetzt, daß Murdoch 13 Millionen Dollar Subventionen für den Bau einer neuen Druckerei in der Bronx erhalten soll. Murdoch will 100 Arbeitsplätze schaffen. Genauer: Er will sie bis zum Jahr 2002 schaffen, also 25 Stellen jährlich. Das heißt, jeder der 100 Arbeitsplätze wird mit 129 000 Dollar subventioniert. Damit habe Murdoch "das größte Geschenk in der Geschichte des Staates New York erhalten", schrieb die alternative Wochenzeitung "Village Voice". Die Erfahrung lehrt, daß Murdoch mit zunehmendem Engagement in Deutschland auch seine politische Lobbyarbeit steigern wird. Es ist kein Zufall, daß diese Lobbyarbeit bislang vor allem in den USA stattfindet, denn dort erzielt er wie erwähnt zwei Drittel seiner Gewinne. Wie kaum ein anderer Medienmogul versteht er es, Gesetze zu beeinflussen. Hier setzt seine Lobbyarbeit in Washington ein: Er vergibt derart dramatisch überdotierte Buchverträge an Politiker wie den ehemaligen Republikaner-Chef Newt Gingrich (4,5 Mio Dollar), daß US-Kommentatoren offen von Bestechung sprachen. Allein im ersten Halbjahr 1997 investierte Murdoch mehr als 800 000 Dollar für Lobbyarbeit in Washington. Dazu kommen knapp eine Million Dollar an Spendengeldern, die Murdoch von 1991 bis 1997 an die Republikaner verteilt hat sowie 75 000 Dollar an die Demokraten. Damit zählt Murdoch zu den spendenfreudigsten Medienfiguren in der amerikanischen Hauptstadt. Anfang des Jahres berichtete der "Independent", die Behörden in Australien, England, Kanada und den USA würden nun erstmals gemeinsam gegen Murdoch ermitteln. Das britische Blatt berief sich auf "gut informierte Kreise". Bestätigt wurden die Ermittlungen bisher allerdings nicht. Im Gegenteil: Im April hat Israel das Verfahren nach 18 Monaten überraschend eingestellt. Fest steht, daß Netanjahu an einem guten Verhältnis zum Verleger der "New York Post" interessiert ist, weil er seiner Politik in den USA ein wichtiges Forum bietet. Im Gegenzug hat Netanjahu dafür gesorgt, daß die US-Organisation "United Jewish Appeal" Murdoch 1997 als "Menschenfreund des Jahres" ausgezeichnet hat. Die israelische Tochterfirma News Data zahlte am Ende lediglich vier Millionen Dollar, ohne dies als Schuld-Eingeständnis zu werten. Bemerkenswert war, daß Israels Premier Benjamin Netanjahu während der laufenden Untersuchung den Finanzminister gewechselt hatte. Wie es der Zufall will, ernannte er mit Minister Ne eman den gleichen Mann zum obersten Chef der Steuerbehörde, der Murdoch auch als Anwalt gegen die Steuerbehörden vertreten hat.

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/wie-rupert-murdoch-fast-keine-steuern-zahlt--ohne-dass-sein-politischer-einfluss-darunter-leidet-der-pirat,10810590,9517116.html>

Copyright © 2013 Berliner Zeitung